

Die Jagd in der DDR – Zwischen Feudalismus und Sozialismus

von Meike Haselmann

Die Jagd ist in der Gesellschaft seit jeher ein vieldiskutiertes Thema. Dies ist unter anderem in der historischen Tatsache begründet, dass die Möglichkeit zur Jagdausübung Jahrhunderte lang in den Händen der Mächtigen lag. Mit dieser Tradition wollte die politische Führung in der DDR brechen und schuf durch die Loslösung des Jagdausübungsrechtes vom Grundbesitz ein völlig neues Fundament für das Weidwerk. Gleichzeitig ließ das SED-Regime jedoch im ersten Jagdgesetz der DDR von 1953 festschreiben, dass der Staat jederzeit berechtigt sei, so genannte „Sonderjagdgebiete“ für eigens definierte Personenkreise zu errichten. Dieses Recht hatten sich zuletzt die Fürsten in ihren Jagdverordnungen zu Zeiten des Feudalismus herausgenommen. Der gesetzlich manifestierte Zwiespalt im Jagdwesen der DDR führte letztlich zu einer Teilung in ein öffentliches und ein geheimes Jagdwesen. Im Laufe der Zeit entwickelten sich immer größere Differenzen zwischen Jagdmöglichkeiten, dem Waffenzugang und vor allem den Jagdbedingungen der normalen Jäger und der von bestimmten privilegierten Personengruppen.

Die Untersuchung beschäftigt sich mit diesen unterschiedlichen Ausgangskonditionen für das Weidwerk und beleuchtet dessen gesellschaftlichen, kulturellen, alltagsgeschichtlichen und politischen Kontext. Besondere Aufmerksamkeit kommt dabei den Wechselwirkungen zwischen dem öffentlichen und dem geheimen Jagdwesen zu.

„Die Jagd gehört dem Volke...“ – Das öffentliche Jagdwesen

Der politische Anspruch des SED-Regimes spielte eine große Rolle im öffentlichen Jagdwesen der DDR. Es unterstand wie die meisten anderen Lebensbereiche der staatlichen Leitung und war vom institutionellen Aufbau nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus von oben nach unten geregelt.

Die Medien thematisierten das Novum im Jagdausübungsrecht der DDR seit seiner Einführung häufig und instrumentalisierten es dabei immer auch politisch. Auf diesem Feld konnten sie einen starken Gegensatz zum Kapitalismus aufbauen, bei dem sie die „Bonzenjagd“ in der Bundesrepublik in der DDR-Presse zu einer Folge des Kapitalismus stilisierten. Durch die Gegenüberstellung mit dem politischen Gegner konnte das SED-Regime seinen sozialistischen finanzunabhängigen Zugang zur Jagd besonders deutlich hervorheben. Faktisch gründeten fast alle medial angeführten Differenzen zur Bundesrepublik nicht auf Tatsachen, sondern waren lediglich Teil der populistischen Inszenierung.

Die Möglichkeiten in eine Jagdgesellschaft im Bereich des öffentlichen Jagdwesens aufgenommen zu werden, richtete sich allerdings tatsächlich nicht nach der Finanzkraft des Einzelnen. Eine Mitgliedschaft wurde stattdessen von der „persönlichen politischen Eignung“ abhängig gemacht. Nonkonforme DDR-Bürger sollten keinesfalls auf dem Umweg über die

Jagd Gewalt über eine Waffe erlangen. Um der großen Bedeutung, die dem Bekenntnis zum Sozialismus zukam, angemessenen Ausdruck zu verleihen, wurde deshalb das Fach „Staatsbürgerkunde“ zum Pflichtfach für angehende Jäger. In den Lehrstunden nahm es sogar mehr Raum ein als beispielsweise die Erläuterungen über den Umgang mit Jagdwaffen. Nach einem abschließenden persönlichen Gespräch konnte ein Prüfungsgremium gegebenenfalls die Jagdbefähigung verweigern, wenn deren Mitglieder Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit des Anwärters hegten. Wie häufig dieser Fall eintrat, lässt sich schwer beurteilen und hing allein vom Ermessen der Prüfer bzw. deren politischer Einstellung ab.

In den Jagdgesellschaften selbst herrschten rückblickend im Bewusstsein vieler ehemaliger DDR-Jäger weitgehend egalitäre Verhältnisse, wie sich in Interviews herausstellte. Aus den Akten ergibt sich allerdings das Bild, dass es beispielsweise beim Abschuss trophäenstarken Wildes eine klare interne Rangordnung gab. In vielen Jagdgesellschaften reservierten die Mitglieder des Vorstandes, die über den Abschuss zu entscheiden hatten, die stärksten Tiere für sich.

Ein Problem, mit dem weitgehend alle Mitglieder der Jagdgesellschaften konfrontiert waren, war die Schwierigkeit bei der Jagdwaffenvergabe. Anders als in der Bundesrepublik und in anderen sozialistischen Staaten, besaßen die Jäger in der DDR keine eigenen Gewehre, sondern mussten diese bei den örtlichen Polizeidienststellen entleihen. Die Waffen waren Staatseigentum und durften nur für die Dauer der Jagd entnommen werden. Diese Maßnahme ging auf das immense Sicherheitsbedürfnis des Staates zurück, dessen Organe auch die Waffenzuteilung für die einzelnen Jagdgesellschaften vornahmen. 1957 wurde in der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei entschieden, dass bewusst nur eine ungenügende Anzahl an Gewehren für die Jäger zur Verfügung stehen sollte. Nach außen wurde die Limitierung, die aus Angst des Staates vor einer massenhaften Bewaffnung der Bürger resultierte, als Schutzmaßnahme für die Bevölkerung propagiert. Die Konsequenz dieser Sicherheitspolitik war eine flächendeckende unzureichende Bejagung, die vielerorts zu enormen Wildschäden führte und den Staat jährlich Millionen kostete. Daran konnte auch die Übertragung der Jagdwaffenbeaufsichtigung auf die so genannten Jagdleiter und die verlängerte Ausgabedauer der Gewehre, die ab den sechziger Jahren einsetzte, nur wenig ändern. Die sehr wenigen privaten Jagdwaffen unter den Jägern, von denen jährlich DDR-weit offiziell nur 100 Stück vergeben wurden, gingen an im sozialistischen Sinne besonders verdiente Weidmänner, die in der Regel über gute Beziehungen zu Funktionären verfügten. Der Anspruch des SED-Regimes den Sozialismus konsequent in allen Gesellschaftsbereichen durchzusetzen, erstreckte sich zunehmend auch auf das jagdliche Brauchtum. Nach Kriegsende hatte die Staatsführung zunächst beschlossen, auf weidmännische Rituale zu verzichten, die maßgeblich durch Forstleute und Jäger im Dienste feudalistischer Herrscher geprägt worden waren. Von dieser Maßgabe musste sie immer weiter abrücken, da aus rein praktischen Gründen auf die meisten Bräuche nicht verzichtet werden konnte.

In einem Rundschreiben des Redaktionsvorsitzenden der staatlich gelenkten Jagdzeitschrift „Unsere Jagd“ hieß es 1976 dazu, dass alle Autoren dazu angehalten waren, „die

weidmännischen Sitten und Gebräuche in die sozialistische Jagdkultur einzubetten“. Um allen Bräuchen einen sozialistischen Anstrich zu verleihen, gingen Lehrbücher, Artikel und Aufsätze zu dem Thema nicht mehr auf die Ursprünge der tradierten Handlungen ein. Stattdessen wurden jagdliche Traditionen im Rahmen des Sozialismus neu kontextualisiert, wie das Beispiel des Schüsseltreibens verdeutlicht. Der historischen Überlieferung nach findet es im Anschluss an eine Jagd zur Ehrung des erlegten Wildes statt. In der DDR legte man die Bedeutung dieses Ereignisses auf den „erzieherischen Wert, der vor allem der Festigung des Kollektivs dienen“ sollte. Ebenso wurden völlig neue weidmännische Sitten eingeführt, die „konsequent der Ideologie des Marxismus-Leninismus“ unterworfen sein sollten.

Da alle Veröffentlichungen zum jagdlichen Brauchtum wie auch zur jagdlichen Ausbildung nur in Zusammenarbeit mit der Staatsführung publiziert werden durften, sicherte sich das Regime auf diese Weise maßgeblichen Einfluss auf die Meinungsbildung unter den Jägern in ihrem Sinne.

Im erst Ende der fünfziger Jahre wieder belebten Institut für Wildforschung der DDR arbeitete man nach bisheriger Auswertung der Institutssatzung und der dort entstandenen Veröffentlichungen ebenfalls nach ideologischen Prämissen. Die politische Beeinflussung war nach offizieller Diktion auf die stetige Steigerung des Wildaufkommens zur Erhöhung der Fleischversorgung der Bevölkerung ausgerichtet. Die SED wollte damit insbesondere die Wilderei ideologisch bekämpfen und durch kollektivistische Jagdorganisation und Brauchtum effektivere und nachhaltigere Wildwirtschaft fördern.

Trotz der politisch-ideologischen Durchherrschung des Jagdwesens auf formaler Seite wurde auf diesem Gebiet gesetzlichen Vorlagen, Formalitäten oder offiziellen Anweisungen im Einzelfall nicht immer Folge geleistet. Dies resultiert zum einen aus den zahlreichen Problemen, die es im Jagdwesen in Bezug auf die Leitungsstruktur gab. Immer wieder finden sich in den Akten Berichte über Leitungs- und Kompetenzkonflikte oder nicht erfüllte Auflagen zwischen Jagdgesellschaften, Kreis-, Bezirks- und Ministerialebene. Dieser Entwicklung setzte der Staat häufig Erziehungsmaßnahmen entgegen, wie zum Beispiel die häufigen Aufrufe zu Wettbewerben, etwa zur Erhöhung der Ordnung und Sicherheit im Jagdwesen. Diese und weitere Anweisungen sollten im Wesentlichen den fortwährenden Anspruch der SED über die alleinige Entscheidungskompetenz in allen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen auf der Grundlage ihrer einzig „richtigen“ Weltanschauung festigen.

... aber die Hirsche den Funktionären!“ – Das Privilegienjagdwesen

Die Staatsführung machte mannigfachen Gebrauch von dem ihr im Jagdgesetz eingeräumten Recht, bestimmte Flächen aus dem üblichen Jagdbetrieb auszugliedern. Was Anfang der fünfziger Jahre noch allgemein als „Sonderjagdgebiet“ bezeichnet wurde, differenzierte sich zunehmend in Staatsjagd-, Diplomantenjagd- und so genannte Wildforschungsgebiete aus. Diese wurden nach eigens dafür geschaffenen Vorgaben bewirtschaftet und standen nur bestimmten exklusiven Personengruppen zur Verfügung. Den Rechercheergebnissen zufolge handelte es sich dabei häufig um Areale, die bereits

bevorzugte Jagdgebiete von früheren Machthabern waren. Das markanteste Beispiel dafür ist die Schorfheide, die kontinuierlich seit mehreren Jahrhunderten als Jagdgebiet der Mächtigen genutzt wurde. Daneben existierte eine große Anzahl sowjetischer Jagdgebiete, die von den in der DDR stationierten russischen Soldaten bejagt wurden und allein knapp acht Prozent der gesamten jagdbaren Fläche in der DDR ausmachten. Für weitere Gruppen wie hochrangige Militärs und führende Stasimitarbeiter bestanden ebenfalls gesonderte Jagdareale.

Die Arbeitsweise in den Staats- und Diplomatenjagdgebieten war allein auf Bedürfnisse der Gäste bzw. jagdlichen Dauernutzer, insbesondere hoher Politfunktionäre ausgerichtet. Eine große Anzahl von Beschäftigten trug Sorge dafür, dass in diesen Gebieten ohne Rücksicht auf forstliche Belange und Kosten für die Schäden begehrte Wildarten wie das Rotwild ganzjährig gefüttert wurden und sorgte so für stattliche Trophäenträger. Für den Komfort der Jagdgäste schuf die SED auf Staatskosten eine aufwendige Infrastruktur, die eigens angelegte Straßen, mondäne Jagdhäuser mit exklusiver Ausstattung wie auch einen großen Fuhrpark umfasste.

Die eigentlichen Jagden hatten mit denen der normalen Jäger nur noch wenig gemein. Etliche Hirsche wurden an nur einem einzigen Tag gestreckt, wobei die Jagd im Scheinwerferlicht und das Abfangen an Fütterungen zur üblichen Praxis gehörten. Dieser vom Gros der jagdlich Privilegierten gepflegte unweidmännische Habitus, in dessen Zentrum ausschließlich die Trophäe stand, lehnte sich stark an feudalistischen Jagdriten an. Ebenso bildeten der enorme Aufwand und der Personaleinsatz zur Befriedigung der jagdlichen Bedürfnisse eine Parallele zum Jagdfolge mittelalterlicher Fürsten. Auch sie hatten Bedienstete, die sich um die Versorgung der getöteten Tiere und die Beseitigung der Kadaver kümmerten, denn ein Interesse an der Verwertung des Fleisches bestand bei den Funktionären in der Regel nicht.

Die Sicherheitsmaßnahmen für die Gäste während einer Jagd waren mit diversen Beeinträchtigungen für die lokale Bevölkerung verbunden, da regelmäßig großflächig Straßen gesperrt wurden. Daneben observierte die Staatssicherheit die Bewohner in der Nähe von Staatsjagdgebieten besonders intensiv. Ebenso durften einmal straffällig gewordene Einwohner gegebenenfalls nicht mehr an ihren Wohnort zurückkehren. Der Aktenlage zufolge führte der Machtwechsel von Ulbricht auf Honecker zu einer weiteren Popularisierung der Jagd unter den Mitgliedern des Politbüros, da der neue Generalsekretär und Staatsratsvorsitzende ein passionierter Jäger war. Unmittelbar nach seinem Amtsantritt richtete er die so genannte Inspektion Staatsjagd ein, durch die das Privilegienjagdwesen eine neue Qualität erhielt. Diese Arbeitsgruppe organisierte und koordinierte fortan zentral die Bauvorhaben und Einweisungen der Jagdgäste in den Staatsjagd- und Diplomatenjagdgebieten.

Der Stab wurde auch mit der alljährlichen Ausrichtung der Diplomatenjagden betraut, die bereits Ulbricht in Reaktion auf die Durchführung dieser Jagden in der Bundesrepublik in den sechziger Jahren auch in der DDR verwirklicht hatte. Diese Spektakel sollten dazu dienen, insbesondere bei den Botschaftern aus westlichen Ländern für die Anerkennung als selbständiger Staat zu werben. Zudem bot das Ereignis der SED die Gelegenheit durch

aufwendige Unterbringung und Bewirtung der Gäste mit exklusiven Speisen seine wirtschaftliche Potenz und damit die überlegene Rolle des Sozialismus zu demonstrieren. Das jagdliche Geschehen wurde dabei von seiner eigentlichen, notwendigen Funktion entfremdet und das Schießen zum einzigen Zweck. Die Parallelen zu den großen vergnüglichen Gesellschaftsjagden von Fürsten sind durch die Fokussierung auf den reinen Erlegungsakt unverkennbar.

Stärker als Ulbricht nutzte Honecker die Jagd als Mittel zur Pflege politischer Kontakte und für inoffizielle Zusammenkünfte sowohl innerparteilich als auch außenpolitisch. Jagden, die ausschließlich im Kreise der Politbüromitglieder durchgeführt wurden sind dafür ebenso ein Beleg wie die häufigen Besuche auf Schloss Hubertusstock von führenden westlichen Wirtschaftskräften wie Berthold Beitz. Wieso die Jagd aber zu einer so bedeutsamen Rolle und dem damit verbundenen hohen Aufwand unter den Funktionären gelangte, lässt sich nur psychologisch begründen.

Fest steht, dass Honeckers Jagdpassion bezüglich Aufwand und Ausübung der Jagd in einer systemübergreifenden Tradition steht, die sich über Gesellschaftsformen des Feudalismus, der Kaiserzeit sowie des Nationalsozialismus erstreckt.

Sowohl der Jagdhabitus des Großteils der privilegierten Personengruppen als auch der dafür betriebene Aufwand war mit dem in der Öffentlichkeit vertretenen sozialistischen Anspruch unvereinbar. Sie wurden deshalb weitgehend verborgen gehalten. Im Jagdwesen spiegelt sich somit in unverkennbarer Weise das systemimmanente Problem der DDR wider, dessen Kern im Zwiespalt zwischen politischem Anspruch und gesellschaftlicher Lebenswirklichkeit begründet lag.